



Amt der Bgld. Landesregierung, Europaplatz 1, 7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 17.02.2026
Sachb.: Mag. Jürgen Leimlehner
Tel.: +43 57 600-2872
Fax: +43 57 600-2790

E-Mail: post.a4-recht-wasser-abfall@bgld.gv.at

Zahl: 2024-010.080-6/38

OE: A4-HWK-RWA

(Bei Antwortschreiben bitte Zahl und OE anführen)

Betreff: RCP Recycling Center III GmbH, Änderung des Zwischenlagers mit Recyclingbetrieb auf der Bodenaushubdeponie der H. Mayer Sand- Schotter- und Deponiebetrieb Gesellschaft m.b.H. in der KG Parndorf, Antrag auf Erteilung der abfallrechtlichen Genehmigung gemäß § 37 Abs. 3 Z 5 AWG 2002; mündliche Verhandlung

K U N D M A C H U N G

Die RCP Recycling Center III GmbH, Steingasse 6a, 4020 Linz, ist Inhaberin des mit Bescheid des Landeshauptmannes von Burgenland vom 5.12.2022 Zl. A4/WA.ZWL-10009-153, genehmigten Zwischenlagers mit Recyclingbetrieb auf der mit Bescheid des Landeshauptmannes von Burgenland vom 27.6.2011, Zl. 5-W-AW1831/24-2011, und Folgebescheiden genehmigten Bodenaushubdeponie der H. Mayer Sand- Schotter- und Deponiebetrieb Gesellschaft m.b.H. in der KG Parndorf.

Mit Eingabe vom 2.4.2025, verbessert mit Eingabe vom 6.8.2025 und ergänzt mit Eingabe vom 31.1.2026, hat die RCP Recycling Center III GmbH, Steingasse 6a, 4020 Linz, um die Erteilung der abfallrechtlichen Genehmigung für die Änderung der gegenständlichen Abfallbehandlungsanlage angesucht und dazu Antragsunterlagen vorgelegt (Projekt „RCP Recycling Center III Gesellschaft m.b.H., Behandlungsanlage Standort KG Parndorf; Gst. Nr. 2015/4, 2015/5, 2015/6, 2015/7, 2015/8, 2015/9, 2015/10, 2015/11, 2015/12, 2015/13; Bautechnische Unterlagen Containerburg & Waage mit Flugdach; Einreichprojekt – Nachreichung § 39 AWG 2002“, RCP Recycling Center III GmbH, 29.07.2025; ergänzt durch die Eingabe vom 31.1.2026: „2024-010.080-6/29; Abänderung des Zwischenlagers mit Recyclingplatz auf der Bodenaushubdeponie der H. Mayer Sand- Schotter- und Deponiebetrieb Gesellschaft m.b.H. in der KG Parndorf – Verbesserungsauftrag“).

Die Änderungen betreffen im Wesentlichen die Errichtung von mit einem Flugdach überdeckten Mannschaftscontainern, einer Brückenwaage im Einfahrtsbereich und die geänderte Nutzung der drei Zwischenlagerbereiche.

Gemäß § 37 Abs. 3 Z 5 Abfallwirtschaftsgesetz 2002 - AWG 2002, BGBl. I Nr. 102/2002 idF BGBl. I Nr. 84/2024, sind Änderungen einer Behandlungsanlage, die nach den gemäß § 38 mitanzuwendenden Vorschriften oder nach dem Baurecht des jeweiligen Bundeslandes genehmigungspflichtig sind und keine wesentlichen Änderungen darstellen, nach dem vereinfachten Verfahren (§ 50) zu genehmigen.

Hierüber findet im Sinne der §§ 40 – 54 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 – AVG, BGBl. Nr. 51/1991 idF BGBl. I Nr. 82/2025, und der §§ 37 Abs. 3 Z 5, 38 und 50 AWG 2002 eine örtliche Erhebung und mündliche Verhandlung am

Donnerstag, den 5. März 2026

mit dem Zusammentritt der Verhandlungsteilnehmer um **9:00 Uhr** beim Gemeindeamt in Parndorf statt.

Verhandlungsleiter: Mag. Jürgen Leimlehner

Die Antragsunterlagen liegen bis zum Verhandlungsvortrag beim Amt der Burgenländischen Landesregierung in Eisenstadt, Landhaus Neu, Bauteil A, 3.OG, Zi. Nr. 311, sowie beim Gemeindeamt in Parndorf während der für den Parteienverkehr bestimmten Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

Für die Verhandlung ist Folgendes zu beachten:

Die Beteiligten können selbst kommen oder einen Vertreter entsenden. Der Vertreter muss mit der Sachlage vertraut, voll handlungsfähig und bevollmächtigt sein. Ist der Vertreter eine zur berufsmäßigen Parteienvertretung befugte Person (z.B. Rechtsanwalt oder Notar), ersetzt die Berufung auf die Bevollmächtigung deren urkundlichen Nachweis. Von einer Vollmacht kann abgesehen werden, wenn die Vertretung durch amtsbekannte Angehörige (§ 36a AVG), Haushaltsangehörige, Angestellte oder durch amtsbekannte Funktionäre von beruflichen oder anderen Organisationen erfolgt und kein Zweifel über Bestand und Umfang der Vertretungsbefugnis besteht.

Es besteht auch die Möglichkeit, gemeinsam mit dem Vertreter zu erscheinen (§10 AVG).

Weiters ist zu beachten, dass gemäß § 42 AVG eine Person im Verfahren ihre Stellung als

Partei verliert, soweit sie nicht spätestens am Tag vor der Verhandlung beim Amt der Burgenländischen Landesregierung, Abteilung 4 – Agrarwesen, Natur- und Umweltschutz, oder während der Verhandlung Einwendungen erhebt.

Gemäß § 50 Abs. 4 AWG 2002 hat Parteistellung im vereinfachten Verfahren der der Antragsteller, derjenige, der zu einer Duldung verpflichtet werden soll, das Arbeitsinspektorat gemäß dem Arbeitsinspektionsgesetz 1993, die Gemeinde des Standortes hinsichtlich der Verfahren gemäß § 37 Abs. 3 Z 1 mit dem Recht, die Wahrung der öffentlichen Interessen gemäß § 1 Abs. 3 Z 1 bis 4 im Verfahren geltend zu machen, das wasserwirtschaftliche Planungsorgan in Wahrnehmung seiner Aufgaben und der Umweltanwalt mit dem Recht, die Einhaltung von naturschutzrechtlichen Vorschriften und hinsichtlich der Verfahren gemäß § 37 Abs. 3 Z 2 bis 4 die Wahrung der öffentlichen Interessen gemäß § 1 Abs. 3 Z 1 bis 4 im Verfahren geltend zu machen.

Für den Landeshauptmann:

Mag. Jürgen Leimlehner



Dieses Dokument wurde amtssigniert.
Siegelprüfung und Verifikation unter
www.burgenland.at/amtssignatur

Amt der Burgenländischen Landesregierung • A-7000 Eisenstadt • Europaplatz 1
Telefon +43 57 600-0 • Fax +43 2682 61884 • E-Mail anbringen@bgld.gv.at
www.burgenland.at • Datenschutz <https://www.burgenland.at/datenschutz>